

## Kampf gegen Teuerungswelle '94

# LÖHNE RAUF - PREISE RUNTER!

1994 - eine gewaltige Welle von Preissteigerungen rollt auf uns zu. Bei Post, Banken, Benzin, Rundfunk und Fernsehen, in Wien auch noch bei den Preisen der öffentlichen Verkehrsmittel, überall wird kräftig angehoben. Das einzige, was wieder einmal nicht steigt, sind die Löhne. Im Gegenteil, die Lohnabschlüsse lagen deutlich unter der Inflationsrate - es gibt Reallohnverluste. Dazu kommen noch Kürzungen bei den Sozialleistungen.

Es ist das alte Lied im neuen Jahr. Von den „Kleinen“ wird genommen, die „Großen“ läßt man in Ruhe. Denn die meisten der Erhöhungen - Post, Rundfunk und Fernsehen, Verkehrsmittel - steigen für alle gleich und treffen damit natürlich normale Arbeiter und Angestellte viel stärker als Großverdiener und Unternehmer. Und sogar hier wird noch nachgeholt. Die Post z.B. erhöht die Gebühren durchschnittlich um 6,7 %, Inlandsbriefe werden ab 1.1. um fast 10 % teurer, kosten jetzt 6 Schilling. Massensendungen bleiben von der Erhöhung allerdings ausgenommen. Die Zeitungs- und die Werbeindustrie bedanken sich recht herzlich.

### Steuergeschenke für Reiche

Und sonst? Für 1994 war eine Steuererhöhung für Hausbesitzer und Grundeigentümer geplant - sie wurde abgeblasen. Damit die Wirtschaft gesundet, heißt es. Wir sollen den Unternehmern die Rationalisierungsmaßnahmen auch noch bezahlen, die unsere Arbeitsplätze kosten. In den fetten Jahren hieß es: Keine hohen Lohnabschlüsse, der Aufschwung darf nicht gefährdet werden: „Maßvolle Lohnrunden, es müssen Rücklagen gebildet werden.“ Und jetzt sollen wir wieder an ihre Zukunft denken, statt an unsere Gegenwart. Wann ist eigentlich die Zeit für hohe Lohnabschlüsse? Wann eigentlich der Zeitpunkt, um zumindest ein so

großes Stück vom Kuchen zu bekommen, daß es sich lohnt, es zu essen? Wenn es nach den Bossen und der Regierung geht, offensichtlich niemals. Gleichzeitig steigen die Ausgaben immer mehr. Die Rundfunk- und Fernsehgebühr steigt von 154,50 auf 180 Schilling (Das sind 16%). Der Richtsatz für die Gebührenbefreiung steigt um 7% auf 8400 Schilling für Einzelhaushalte. Die Tarife der ÖBB sind bereits am 1.12.93 um durchschnittlich 3,95% angehoben worden. Die Jahresnetzkarte der Wiener Verkehrsbetriebe kostet künftig 4.700 Schilling - eine Steigerung von fast 7%. Die meisten Netzkartenbesitzer brauchen diese Karte aber, um zur Arbeit zu kommen. Diese 4.700 Schilling bedeuten also eine direkte Lohnminderung. Und bei einem durchschnittlichen Gehalt bedeutet das fast 2% Lohnverlust. Und für die, die nicht bereit sind, die Tariferhöhung mitzutragen, hat man sich etwas besonderes einfallen lassen. Verschärfte Kontrollen, Polizeiunterstützung und 20% mehr Strafe (500 statt bisher 420 Schilling) für Schwarzfahrer. Ganz klar - es wird wieder einmal kräftig von unten nach oben umverteilt. Und das zeigt seine Auswirkungen.

### Sie wollen das wir zahlen!

Laut einer zu Jahresbeginn veröffentlichten Umfrage haben ungefähr ein Drittel der Österreicher den Vor-

### SPÖ und ÖGB biedern sich an

Und was sagen die Parteien dazu? Vranitzky läßt in regelmäßigen Abständen ein „es wird keinen Sozialabbau geben“ hören. Daß er diesen selbst schon seit Jahren praktiziert, verschwieg er wohlweislich. Die Grünen hüllen sich in Schweigen - und die Gewerkschaften schließen Lohnrunden längst nur mehr mit „Augenmaß“, sprich 2-3% - also unter der Inflationsrate - ab. Der Applaus der Bürgerlichen von ÖVP über FPÖ bis zum Liberalen Forum ist ihnen sicher. Deren Hintermann in den Cheftagen sind wieder einmal gut davon gekommen.

Wie lange sollen wir noch warten, bevor wir uns halten, was uns zusteht? Dieses Gesellschaftssystem hat uns nichts mehr zu bieten, außer Ausbeutung, Armut und schlechteren Lebensbedingungen in allen Bereichen. Wir brauchen ein anderes. Dabei können wir uns nur auf uns selbst - Arbeiter, Angestellte und Jugendliche - verlassen. Es gilt, etwas zu tun. Jetzt!

Michael Bonvalot

E-Mail: idp@pmax.at  
Tel. 01/ 525 63 10 fax 01/ 524 63 11  
Kontaktadresse: 14/11/A-1070 Wien  
Oberösterreichische Sektion des CIVIKAL  
Oberösterreichische Gewerkschaftspartei / SPÖ



### Wir fordern:

- ★ Gleitende Lohnskala (Anpassung der Löhne an die Preissteigerung)
- ★ Kein Lohnverzicht
- ★ Preisstopp
- ★ Wirkliche Lohnerhöhung, die den Lebensstandard verbessert!

## Der Standpunkt:

Der österreichische Kapitalismus befindet sich in der Krise. Ein neuer langanhaltender Aufschwung, wie nach '45 ist nicht in Sicht. Der Spurkurs für staatliche Interventionspolitik hat sich drastisch reduziert. 1 Billion Schilling werden 1994 den absoluten Verschuldungsrekord markieren. Die kommende Periode wird durch immer kürzere „Höchs“, die tendenziell immer längeren „Tiefs“ abgelöst werden, geprägt sein. Es handelt sich um eine strukturelle Krise eines kranken Systems.

Die Kosten für diese Krise soll, wenn es nach dem Willen der Unternehmer geht, die Arbeitsmarktbefahren. Die letzten Lohnrunden 2-3%, bei Teuerungen in vielen Bereichen um 10% (Post, Bahn, Gesundheitswesen), ebenso wie die Kürzungen bei Arbeitslosen und Karmenzgeld bedeuten schmerzhafte Reallohnverluste. Die SPÖ- und ÖGB-Führung haben diese Angriff auf unsere Lebensstandards voll mitgetragen. Das hat, zusammen mit diversen Korruptionsskandalen, von allen unter Jugendlichen zu befürchtigen. Häß und Ablehnung gegenüber dem etablierten System geführt. Doch während die meisten Linken angesichts dieser Fragen den Kopf in den Sand legen, gehen sie den Rechten in diesen politischen Vakuum zu stößen. Eine Schlüsselrolle spielt dabei die SPÖ, die Probleme aufgegriffen und mit ausländerfeindlicher Propaganda verbindet. Sie schafft, als der rassistische Hauptpfeiler, ebenso wie die ausländerfeindlichen Lobschnack-Gesetze den politischen Boden, auf dem sich Briefbombergruppen aufstellen. Das Rollenbild ist nach wie vor eindeutig: Partei verteidigt die SPÖ-ÖVP-Reichweite, geht für Stabilität, während die FPO „kantig“ Opposition stimmen für die Bürgerlichen reiht. Doch nach der EG-Volksabstimmung könnte sich das Blatt schnell wenden. Schon jetzt umgehen Gruppen von

\*\*\*\*\*

Mit dieser Nummer präsentiert sich VORWÄRTS zum ersten Mal in neuer Aufmachung. Aber nicht nur im Layout, sondern auch im Inhalt haben wir Schwerpunkte verschoben und neue gesetzt: Mehr Innenpolitik, mehr Bericht aus den Betrieben, Kultur... Und VORWÄRTS heißt ab jetzt „Sozialistische Zeitung“ statt „Zeitung der Marxisten in SPÖ und Gewerkschaften“. Um alle Milieustrände von vornherein ausschalten zu können.

Wie von Seiten der Arbeitnehmer reagiert werden kann, habt in Ansätzen das Bordonal der AUA gezeigt. Trotz einer enormen Hetzkampagne von Seiten der Medien gingen sie in den Ausstand. Der Streik endet nicht mit einem Sieg, weil vom Betriebsrat nicht voll mobilisiert worden war. Was möglich gewesen wäre, hat der Sieg der Air-France Kollegen bewiesen: Sie haben die fac to faco gesamte Sozialabbauprogramm der Regierung gestoppt.

Die kommende Periode wird von diesen uneinheitlichen Entwicklungen auch in Österreich geprägt sein. Angst und Gegenwehr, Wegfall der Staatsicherheit und Wirtschaftskrisis ebenso wie Polarisation der Politik, Klassenkämpfe und die Stärkung rechter Tendenzen. Ein entscheidender Faktor wird sein, ob es gelingt, eine starke marxistische Kraft aufzubauen, die in diesen Ausmassierungen ein sozialstaatliches Programm mehrheitlich machen kann.

\*\*\*\*\*

Der AUA-Streik war auch für uns eine wichtige Erfahrung. Genossenschaftsorganisierte Soldatenstellengremien von Betriebsräten und Kollegien aus der Verstaatlichten Privatindustrie sowie von Flughafenkollegen aus England. Eine Diskussionsplattform mit einem AUA-Betriebsrat wurde organisiert und über 50 Teilnehmer\*innen waren zur Versammlung gekommen. Entscheidend war für uns, konkrete Solidarität zu üben, gegen die Hetze in den Medien aufzutreten und aus diesem Kampf für zukünftige Auseinandersetzungen zu lernen.

## 12 Monate sind zu viel • Gleichrechte für Soldaten und "Zivis"

# Stoppt Fasslabend

Die SPÖ ist wieder einmal vor der ÖVP in die Knie gegangen. Bei den koalitionären Scheineingefechten geht es nun mehr darum, ob der Zivildienst auf 11 oder 12 Monate verlängert wird. Da es zu Zeit keine Einigung gibt, wird die Gewissensprüfungskommission wieder eingeholt.

Im Zuge der Zivildienstreform wurde diese abgeschafft und der Zivildienst auf 10 Monate verlängert.

Die Forderung der Grünen „Bundesheer abschaffen“ ist mißverständlich und inkonsistent, wenn sie im Rahmen des herrschenden Gesellschaftssystems gestellt wird. Bei einer Abschaffung des Bundesheeres würde sofort die Gendarmerie, Polizei und Zollwache, massiv aufgerüstet und verstärkt werden. Das Militär ist nur ein Teil des Repressionsapparates des bürgerlichen Staates. Jeder Versuch der Einführung eines Bundesheeres und einer Aufrüstung muß entschieden bekämpft werden.

Was meint die SPÖ dazu? Viel zu leicht haben führende Politiker der SPÖ gefordert, daß es zu einer Verbesserung der Situation der Soldaten kommen soll. Wer wir wollen das Bundesheer nicht attraktiver machen, damit sich bürgerliche Politiker und Offiziere ihrer militärischen Träume keinen widersetzen. Demokratische und soziale Rechte sollen die Lage der Soldaten gegenüber dem Heer verbessern, damit sie sich besser und verstärkt wehren können.

Die soziale und politische Lage der Soldaten und Zivildienster ist katastatisch. Zivildienster auf einer Seite als rechtslose, billige Lückenfüller. Soldaten auf der anderen als rechtslose, billige Empfängerspender. Wir dürfen uns nicht in Zivis und Grundwehrdienner spalten lassen, sondern müssen einen gemeinsamen Kampf für unsere Rechte organisieren. Die Gewerkschaftsjugend und die Sozialistische Jugend müssen jetzt aktiv werden und Widerstand und gemeinsamen Kampf von Zivil- und Präsidienteninitiativen initiieren. Die Probleme im Bundesheer dürfen nicht auf dem Rücken der Zivildienner ausgetragen werden. Der Protest der SJ und ÖGJ, der beim Boykott der „Gewissensprüfungskommission“ beginnt, muß auf der Straße, in die Schule und Uni getragen werden. Kampfmärsche der Zivildienner können der Anfang sein.

Die ÖVP will den Zivildienst verlängern, um ihn so unattraktiver zu machen. Am liebsten würden sie ihn gleich abschaffen. Die FPO fordert überhaupt gleich ein Bundesheer. Offensichtlich Haider mit dieser politisch sehr gefährlichen Forderung Stimmen gewinne einfahren. Ein

Michael Gehmacher

### Daher fordern wir:

- Lohnfortzahlung für Soldaten und Zivis bzw. 12.000,- Mindestlohn!
- 35-Stunden-Woche und 5-Tage-Woche für Soldaten und Zivildienster und Urlaub!
- Demokratische Wahl aller Vorgesetzten, einschließlich der Möglichkeit jederzeitiger Abwahlbarkeit sowie auf allen Ebenen die Wahl von Komitees zur Interessensvertretung!
- Volle demokratische und gewerkschaftliche Rechte und Betätigungs möglichkeit!

Nicole Hoffmann, Antifa-Süd

Nun ist es fix: Die OMV soll möglichst schnell privatisiert werden. Wörter um zusätzliche 20 bis 25% Mehrheitlicher Verkauf (an ausländische Ölmatas) ist kein Fab mehr.

### „Restrukturierungsprogramm“

Vorher soll die Braut aber noch gehörig aufgeputzt werden - mit einem „Restrukturierungsprogramm“. Dahinter verbirgt sich nichts anderes als weitere Angriffe auf die Belegschaft. Die Pensionen werden bereits gekürzt, einige Sozialleistungen aufgehoben und der 15. Monatsgehalt für Neuauflnahmen gestrichen. Im letzten Jahrzehnt wurden bereits 40% (!) der Arbeitsplätze wegrealisiert. Da in vielen Bereichen bereits Personalangall herrscht, kann die Belegschaft abgebaut und ganz Landstriche zu Industriefriedhöfen mit tausenden Arbeitslosen degradieren. Für den Linzer Raum sagen selbst die Kurzungen auf dem Rücken der Belegschaft zu rechtfertigen.

### Geplanter Niedergang

Der geplante Ausverkauf der OMV ist nicht eine reale Reaktion auf plötzliche Verluste, sondern die Fortsetzung eines Jahrzehntlangen Kurses. Immer für den Profit der Kapitalisten. Seit dem 2. Weltkrieg wurde seitens der Unternehmene mit Hilfe der Regierung und Duldung der ÖGB-Führung die OMV zugunsten internationaler Konzerne, wie Mobil und Shell systematisch beschränkt und zurückgedrängt. So wurde z.B. verhindert, daß die OMV den österreichischen Vertrieb kontrollieren kann - erst in den 60 Jahren bekam die OMV auf Druck der Belegschaft einen eigenen Vertrieb (ELAN) dazu.

Ein großer Teil der Verluste ist durch Umstrukturierungen und sinnlose Käufe und Verkäufe inner- und außerhalb der Verstaatlichten entstanden. So wurde erreicht, daß die OMV in die Verlustzone rutscht - was sonst nicht so leicht möglich gewesen wäre. Nun wird zynisch argumentiert, daß man den österreichischen Steuerzahler nicht mit Verlusten belasten möchte. Dem Ausver-

freigesetz werden (550 in der OMV AG, 400 in der Chemie und 250 in der PCD). Dab durch weiteren Personalausbau und Stilllegung von Anlagen Kosten entstehen, die allein die Steuerzahler - also die Arbeitnehmer - zu tragen haben, wird einfach verschwiegen. Die Gewinne der überliegenden Teile sollen dann in die Hände einiger weniger in- und ausländischer Kapitalisten fließen - die Steuerzahler nicht mit Verlusten belasten möchte. Dem Ausver-

kauf steht so schiefbar nichts mehr im Wege.

### Solidarität statt Spaltung

Durch ständige Umstrukturierungen und Schlußzuweisungen wird versucht, die Arbeitnehmer zu spalten. Den OMV-Arbeitnehmern wird vorgegaukelt, die Belegschaft der Chemie Linz und der PCD sei schuld an der Krise. Wir dürfen uns nicht auseinanderdividieren oder durch kurzfristige Zugeständnisse breitlassen. Durch Zusperren oder Ausgliedern eines Betriebes wird der Rest nicht gerettet - im Gegenteil: Mit dieser Taktik wurden im letzten Jahrzehnt in der Verstaatlichten, hauptsächlich in der VOEST, 55.000 Arbeitsplätze abgebaut und ganze Landstriche zu Industriefriedhöfen mit tausenden Arbeitslosen degradiert. Für den Linzer Raum sagen selbst die Kurzungen auf dem Rücken der Belegschaft zu rechtfertigen.

### Betriebsrat

Anstatt die Belegschaft zu informieren und gegen die permanenten Angriffe zu mobilisieren, setzt der Betriebsrat bisher auf Geheimverbündungen. Der Unmut in der Belegschaft wächst. Bei der Betriebsratswahl im Standort Wien konnte die unabhängige Liste Osteinfos - trotz einer Vorbereitungszeit - eines der ansonsten fix aufgeteilten Mandate erreichen. Mit einem Programm gegen Arbeitsplatzabbau, Ausverkauf und für Solidarität und Miteinander wird die Belegschaft einen neuen Betriebsrat wählen.

Wir waren bereits zu lange zugesehen. Wir müssen uns mit aller Kraft dafür einsetzen, daß die Privatisierungen und der Arbeitsplatzabbau beendet bzw. rückgängig gemacht werden. Wir müssen um jeden Arbeitsplatz im und in der gesamten Verstaatlichten kämpfen - und zwar, solange es sich noch gibt!



## Kurz & Bündig

Die Industrievereinigung hat vorgeschlagen, die beiden Feiertage „Christi Himmelfahrt“ und „Fronleichnam“ auf Sonntage zu verschieben, um die heimische Wirtschaft konkurrenzfähiger zu halten. Außerdem will die Industrievereinigung eine Flexibilisierung der Arbeitszeit - eine höchstzulässige Arbeitszeit von 12 Stunden pro Tag (dafür sollte an anderen Tagen entsprechend weniger gearbeitet werden dürfen).

**Fast 10% mehr Arbeitslose!**  
Ende 1993 waren bei den Arbeitsämtern 269.017 Arbeitslose vorgekehrt, das waren 9,5% mehr als im Vorjahr. Allein von November auf Dezember 1993 stieg die Arbeitslosigkeit von 7,1% auf 8,2%. Nach der neuen Berechnung stieg sie in den selben Zeitraum nur von 4,2% auf 4,3%. Diese neue Berechnungsmethode verfälscht die Tatsachen und läßt alles in einem rosigem Licht erscheinen, als es tatsächlich ist - wohl ein Grund, warum die Regierung die Änderung durchgeführt hat.

**Nach wie vor extreme Unterdrückung zwischen Geschlechtern**  
Nach dem Wiener Frauenbericht bekommen Arbeitnehmer zwischen 33 und 43% mehr bezahlt als Arbeitnehmer. Männliche Angestellte verdienten zwischen 29 und 44% mehr als weibliche. Im Schnitt liegt das Einkommen der Männer um ein Drittel höher als das der Frauen.

**Profil-Geschmacklosigkeit**  
Gerd Hönsik, bekannter Rechtsextremist, der sich derzeit nach Verurteilung wegen NS-Wiederbefähigung in spanischen Exil befindet, wurde interviewt. So bekam er die Möglichkeit, seine ideologischen Ausfälle zu verbreiten, unter anderem, daß er den israelischen Geheimdienst Mossad des Briefbomberterrorts verdächtigt und daß er an der Existenz von Gaskammern zweifelt. „Verschöner“ ist das Interview mit 2 großen Bildern des Gründers des Antifa-Hetzbüchles „Halt“ und der Vergöllung eines Satzes: „Ich habe Personen nicht mit Bomben attackiert, sondern mit Mittel des Geistes und der Demokratie“.

## Aus dem Betrieb: Lehrling im Reisebüro

Karriere mit Lehr! Diesen Slogan hört man immer wieder. Doch wie hinter den Kulissen in den Betrieben wirklich zugeht, zeigt unter anderem dieser Bericht, den uns ein Lehrling aus einem Wiener Reisebüro zukommen ließ.

Wenn einer eine Reise tut, dann kann er was erleben. Doch wenn einer in einem Reisebüro arbeitet, wird er das für seine Reise seines Leiters nicht vergessen!

Als Lehrer einer Reise tut, dann kann er was erleben. Doch wenn einer in einem Reisebüro arbeitet, wird er das für seine Reise seines Leiters nicht vergessen!

Die fortschreitende Wirtschaftskrise trifft besonders die Touristikbranche sehr hart, denn kein Geld hat, der kann auch nicht verreisen. Gleichzeitig sinken aber die Preise für Flüge und Ferneisen. Das ist vor allem auf die steigende Konkurrenz (mehr Linien fliegen dieselben Länder an) zurückzuführen. Gut für Kunden? So sieht es auf erste aus. Aber erstens kommt es, ebenfalls wegen der Konkurrenz, zu einer immer stärkeren Konzentration (also in Zukunft Richtung Monopole, die dann höhere Preise nach Belieben festsetzen können). Zweitens: Was man einem gibt, das muß man dem andern nehmen. Und die anderen sind natürlich die Angestellten. So kann es also, daß unser Boss auf einer der letzten Betriebsversammlungen weitere drastische Sparmaßnahmen ankündigt. Wir könnten uns kaum vorstellen, was damit gemeint war, da bereits vor einem Jahr das Haustelefon vom Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der Gipfel des Hofsels wurde erst Anfang Dezember erreicht. Als nämlich - wie übrigens schon in den zwei Jahren zuvor - der Betriebsrat an die Angestellten und Lehrlinge herantrat und sie ersuchte, daß die Zahlung der Gehälter „auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“ wird. Das bedeutete (bis Dezember) kein Geld. Doch der

# Vor 60 Jahren in Österreich: Februar '34: Arbeiter gegen den Faschismus

Der 12. Februar 1934 war ein Signal für ganz Europa. Nachdem es den Faschisten in Deutschland gelungen war, an die Macht zu gelangen, ohne daß auch nur ein Schuß gefallen wäre, kämpften österreichische Arbeiter gegen die Austrofaschisten.

## Die Februarfrage

Was war geschehen? Wie in den Monaten davor üblich, sollte auch am 12. Februar 1934 eine Haudurchsuchung in einem sozialdemokratischen Parteiteam stattfinden - dieses mal im Linzer Hotel Schiff. Doch diesmal war alles anders. Der Linz-Schutzbund leistete bewaffneten

satzfeind warten, der nie kam.

Führende SDAP-Funktionäre (Sozialdemokratische Arbeiterpartei), z.B. in NO und Kärnten verhandelten mit der faschistischen Regierung und verurteilten den Aufstand. Parteifunktionäre wie Renner waren nicht bereit, gegen die Faschisten zu kämpfen. Währenddessen versuchten die kämpfenden Schutzbündler verzweifelt, im Kampf die Oberhand zu gewinnen. In Wien war der Kampf aber bald nichts anderes mehr, als die Verteidigung von eingerungen wichtigen Gemeindebauten, wie dem Karl-Marx-Hof. Und selbst dieser Kampf war nicht lukasiellos. Immer wieder stellten sich Schutzbündler, die als einzige die Waffenstiecke kannten, freiwillig der Polizei - obwohl viele Arbeiter verzweifelt nach Waffen suchten. Nach wenigen Tagen war alles vorbei. Die Waffenstätten der Arbeiter waren von den Kanonen der Austrofaschisten zerbornt. Der Schutzbund war besiegt, die SDAP und die Freien Gewerkschaften wurden verboten (mit der KPO geschah das bereits 1933), alle Strukturen der Arbeitbewegung - z.B. die Konsumgenossenschaften, Arbeitsportvereine, Freizeitclubs... - wurden zerschlagen. Tausende emigrierten und viele kamen nach Wöllersdorf, dem Lager für politische Gefangene.

Viele Fragen beschäftigen uns noch heute: Warum wurde der Generalstreikaufruf der SDAP am 12. Februar nicht befolgt? Welche führten die Eisenbahn, erst Stolz der Sozialdemokratie. Warum beteiligten sich so wenige Schutzbündler am Aufstand - wie konnte es also zu dieser Niedergabe kommen? Wenn man verucht, die Ereignisse des Februar 1934 zu verstehen, darf man mit der Analyse nicht erst am Beginn der Kämpfe einsetzen.

## Revolution 1918

Die Wurzeln für den Sieg der Austrofaschisten liegen tiefer. 1918 markierte eine große Streikbewegung, der Jännerstreik, den Beginn der österreichischen Revolution. Auch in Österreich-Ungarn bildeten sich, so wie in vielen anderen europäischen Ländern, Räte, die eine neue, eine sozialistische Gesellschaftsordnung herbeiführen wollten. Aber anders als in Rußland fehlte in Westeuropa eine starke und organisierte Partei wie die Bolschewiki, die die Revolution durchführen hätte können. Ja nicht einmal eine kurzfristige Re-

gierung wie in Bayern oder Ungarn konnte etabliert werden. Die Sozialdemokratie schaffte es, die Bewegung vollständig zu vereinnahmen und zu konservieren. Otto Bauer, der Führer der österreichischen Sozialdemokratie, war stolz darauf: "Nur Sozialdemokraten konnten wild bewegte Demonstrationen durch Verhandlungen und Ansprachen friedlich beenden, die Arbeitermassen vor der Versuchung zu revolutionären Abenteuern abhalten" und weiter: "Keine bürgerliche Regierung hätte diese Aufgabe bewältigen können. Sie wäre binnen 8 Tagen, durch Strafmauflage gestürzt, von ihren eigenen Soldaten verhaftet worden. Nur Sozialdemokraten konnten diese Aufgabe mit beispielloser Schwere bewältigen". Es war, nach der stillschweigenden Zustimmung der österreichischen Sozialdemokratie zum Krieg bereits die zweite schwere Niederlage der Arbeitbewegung innerhalb weniger Jahre. In Deutschland führte dieser Verlust der sozialdemokratischen Führung zur Gründung der KPD, in Österreich schaffte es die SDAP, den Aufbau einer starken kommunistischen Partei zu verhindern, indem sie einerseits kommunistische Arbeiter zusammenführte und andererseits die Gewerkschaften ließ (bereits kurz nach Ausrufung der Republik schaffte die Polizei und die sozialdemokratische Geflügel-Volkswacht eine kommunistische Demokratie). Es gab 1920 (Trotz) aber leiderweise innerhalb von Aufbau des Sozialismus schwäche. Und die Mehrheit der Arbeitnahm ihres Partei diese scheinbare Radikalisierung. Aber auch in dieser Zeit gab es auch Erfolge und Zugeständnisse der Bürgerlichen, gemacht durch den Druck der Straße.

## Rotes Wien

Der Arbeiterklasse sei. Sie stellten sich auch an die Spitze der Arbeitbewegung, aber nicht um sie zur Macht zu führen, sondern um „Exzesse zu verhindern, alles in geordnete Rahmen zu legen, den normalen Alltag wiederherzustellen und die Situation zu beruhigen“. 1923 lies die SDAP-Führung die Räte fallen. Die österreichische Sozialdemokratie war organisatorisch sehr stark. Sie hatte in den 20ern 800.000 Mitglieder, darunter im Schutzbund waren 70.000 Leute bewaffnet.

In der Zeit nach 1918 standen die Bürgerlichen aus Angst vor der Revolution viele soziale Rechte zu. Aber nachdem „Dank“ der austromarxistischen Führungen die Revolution verhindert wurde, gewannen die Kapitalisten und ihre Parteien wieder an Selbstvertrauen und setzten alles daran, diese „revolutionären Schütt“ wieder zu besiegeln. Die Parteiführung hat immer davon zurückgeschreckt, die Arbeiter gegen die Reaktion einzusetzen. Jedemal wurde die Arbeitsschafft aufverrostet, beim nächsten Angriff wurde man sich zur Wehr setzen. Diese Politik führte in die Niedergänge und die so starke Partei erwies sich wegen der reformistischen Führung als unfähig, die Faschisten wirksam zu bekämpfen. Die Austromarxisten wollten den burgherlichen Parteien zeigen, daß sie ja sowieso zu Zugeständnissen bereit seien. Aber sie erkannten nicht, daß das die Bürgerlichen und sozialen Rechte der Arbeiter zu vernichten. Zugeständnisse mochten sie nur noch gieriger. Man muß für den heutigen Kampf gegen Rassismus und Faschismus die richtigen Lehren ziehen, soll sich die Geschichte doch nicht auf dramatische Art und Weise wiederholen.

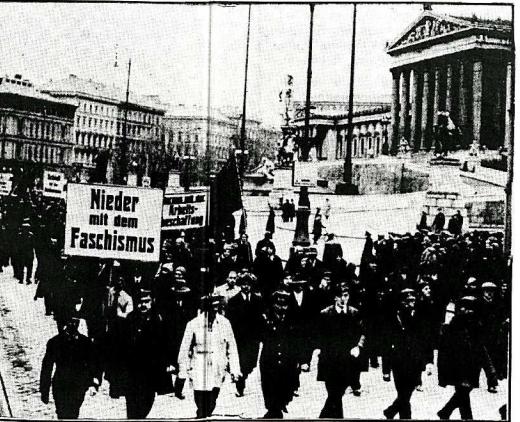
Diese Politik führte in die Niedergänge und die so starke Partei erwies sich wegen der reformistischen Führung als unfähig, die Faschisten wirksam zu bekämpfen.

Eine Mitglieder der riesigen kampfbereiten Organisation mußten zwischen, wie dieses untergruft und die Reaktion und der Faschismus auf ganzer Linie triumphieren. Die Konfrontation war unvermeidlich, weil die Kapitalisten es darauf abgeschlossen haben, die demokratischen und sozialen Rechte der Arbeiter zu vernichten. Zugeständnisse mochten sie nur noch gieriger. Man muß für den heutigen Kampf gegen Rassismus und Faschismus die richtigen Lehren ziehen, soll sich die Geschichte doch nicht auf dramatische Art und Weise wiederholen.

David Mum, SPÖ-Mitglied

schafte, Arbeitsportvereine, Freizeitclubs... wurden zerschlagen. Tausende emigrierten und viele kamen nach Wöllersdorf, dem Lager für politische Gefangene.

Sonne im Herzen" war das Motto, unter dem die Gemeindebauten entstanden, mit Waschküche, Kindergarten, Konsum und SDAP-Sektion.



Justizpalastbrand 1927

Vielleicht geschah auch in der Erziehung, im Gesundheitswesen... es gab Waischepäck für werdende Mütter, Vorsorgeuntersuchungen für Kinder, Freibader und vieles mehr. Finanziert wurde das alles durch die „Breitner-Steuern“, benannt nach Hugo Breitner, dem sozialdemokratischen Finanzminister. Es waren stark ansteigende Steuern („Progressivsteuern“) auf Einkommen und Besitz, mit denen auch der kommunale Wohnbau finanziert wurde. Aber sie zeigten auch schon die Schwäche der SDAP. Es wurde nicht verstaatlicht und so die wirtschaftliche Machstellung der Unternehmer gebrochen, sondern es wurde stückweise vom Kuchen mitgenascht. Die SDAP wurde bei den ersten Wahlen hundert mit 40,76% stimmenstärkste Partei, in Wien bekam sie die absolute Mehrheit. Die wirtschaftliche Lage verschlechterte sich dennoch zusehends. Es gab Massenarbeitslosigkeit und damit zusammenhängend



## Geteilte Schuld - Eine Geschichtslüge

Immer wieder wird von verschiedenen „offiziellen“ Historikern a la Hugo Portisch die These von der „geteilten Schuld“ zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichem Lager an den Februarwirken '34 aufgeworfen. Mit der Feststellung, beide Seiten wären halb radikal gewesen und hätten einfach Fehler gemacht, sollen die Mörder von 1934 entschuldigt und die historischen Zusammenhänge verschleiert werden. Dabei müßte jedes fundamentale demokratische Recht gegen den erbitterten Widerstand der Bürgerlichen (Christlich-Sozialen Partei, Vorgänger der ÖVP) erkämpft werden.

Diktator setzte den Endpunkt einer über einhundert Jahrzehnte dauernden Entwicklung, die mit dem Versuch begann, eine neue, freie, sozialistische Gesellschaftsordnung zu errichten. Diktator setzte den Endpunkt einer über einhundert Jahrzehnte dauernden Entwicklung, die mit dem Versuch begann, eine neue, freie, sozialistische Gesellschaftsordnung zu errichten. Die Sozialdemokratie erwies sich als unfähig, die Rechte der Arbeitnehmer durch entschlossenen Kampf zu verteidigen (daran besteht deren Schuld). Durch die immer schwere Niederlagen der Arbeitbewegung wurden die Unternehmer mehr und mehr ermutigt „endgültig“ die Arbeitbewegung nieder zu werfen. Die 1934 errichtete faschistische

gesellschaft. Und als auch noch der Mai-Aufmarsch verboten wurde, lautet die Parole nicht: „Wir lassen uns den Christlich-Sozialen Partei für ihren Kurs. Oftens proklamieren die Creme die La Creme des bürgerlichen Lagers im Kornmarktberl Eid Anfang der 30er Jahre Ziel und Errichtung eines autoritären christlichsozialen Staates. Mit dem 12. Februar 1934 setzten die Heimwehrseine an Seite mit Bundesheer und Polizei dieses Ziel unter dem christlichsozialen Bundeskanzler Dollfuß durch. Mit der Zerschlagung der Arbeitbewegung wurden die Unternehmer, die diesen Kampf erfolgreich hätte führen und organisieren können.“

Auch das Argument, der Austrofaschismus sei notwendig gewesen, um den um vieles härteren Nazis zu verhindern, ist eine Geschichtslüge. Die blutige Unterdrückung der Arbeitbewegung machte Österreich kurfristig verboten. Das führte zu wachsenden Spannungen zwischen den illegalen und legalen Faschisten, die in der Erschießung von Dollfuß einen gescheiterten Putschversuch der Nazis endete.

Doch der Austrofaschismus war eine relativ schwächliche Diktatur und die Österreichischen Unternehmer begannen zunehmend auf den immer stärker drängenden Hitler zu setzen. Dollfuß Nachfolger verhandelte mit Hitler legalisierte die Nazis und der Österreichische Faschismus gab sich 1938 seinem großen deutschen „Bruder“ kämpfen geschlagen.

John Evers

# Vor 60 Jahren in Österreich: Februar '34: Arbeiter gegen den Faschismus

Der 12. Februar 1934 war ein Signal für ganz Europa. Nachdem es den Faschisten in Deutschland gelungen war, an die Macht zu gelangen, ohne daß auch nur ein Schuß gefallen wäre, kämpften österreichische Arbeiter gegen die Austrofaschisten.

## Die letzten Schritte zur Diktatur

Und 1933 war es dann soweit - die Generalprobe für die Februarkämpfe begann. Anlaß war eine Diskussion im Parlament zu einem großen Eisenbahnerstreik. Wenn man auch den Streik auf der Straße durch den Verrat der Führung verlor, hatte der Grund, warum am 12. Februar 1934 die Eisenbahnen fuhren, so galt es diese Zerschlagung durch eine umfassende politische „Umorganisation“ der Gesellschaft (Standestaat, Volksgemeinschaft) aufrecht zu erhalten. Im Inneren galt es diese Zerschlagung durch eine umfassende politische „Umorganisation“ der Gesellschaft (Standestaat, Volksgemeinschaft) aufrecht zu erhalten. Kleinbürgertum und Lumpenproletariat organisierte, ihre Programme waren von extremen Antikommunismus, Rassismus und Nationalismus geprägt. Ihre Aufgabe war es die organisierte Arbeitbewegung einzutreten. Die Katastrophe von 1927 war eine schwere Niederlage der österreichischen Arbeiterklasse.

## Wirtschaftskrise

Der „schwarze Freitag“ 1929 war die Börse brach zusammen. Massenarbeitslosigkeit und Inflation führten zu enormer Frustration in der Arbeiterschaft. Die Arbeitbewegung war endgültig in der Defensive. Die sozialdemokratische Führung schwieg und beschwichtigte weiter. Trotzdem wollten sich die Großunternehmer nicht mehr darüber auf, daß die SDAP ihre Mitglieder und Sympathisanten vollständig unter Kontrolle hatten. Für einen Teil der Unternehmer war es an der Zeit, angestells der unsicheren Lage eine Gruppe zu fördern, die bis dahin fast bedeutungslos war, aber eine vollständige Zersetzung der Arbeitbewegung versprach: die NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei). Die Nazis versuchten auch, von der Sozialdemokratie enttäuschte Arbeiter anzusprechen. Der entscheidende Teil der Bourgeoisie setzte zunächst noch auf den faschistischen Flügel der Christlich-Sozialen. Die grundsätzliche historische Aufgabe (im Sinne des Kapitalismus) sowohl von Nazis als auch Austrofaschisten war dieselbe - Kampf gegen die organisierte Arbeitbewegung, deren Zersetzung und permanente Unterdrückung.

1932 waren wieder Wahlen. Nur wenige Mandate trennten die SDAP von der absoluten Mehrheit. Und sie versprach die absolute Mehrheit zu bekommen. Mit diesem Ziel und unter dem Aufruf „Hoch die sozialistische Republik“ verboten. Die SDAP und die KPO wurden verboten, die Arbeitersitzung, das Zentralorgan der KPO und immer mehr zu den Nazis aufverlassen, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozialistische Jungfront“, eine von der Parteipolizei geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linkswendung der Jugendorganisationen beitrug. Viele Jungsozialistische gingen aus Enttäuschung über die positive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heimwehr, man gründete die „Sozial

# VORWÄRTS ABO-KARTE

Jetzt ist es da! Das neue VORWÄRTS, jetzt größer und noch besser! Das neue VORWÄRTS kann man jetzt noch leichter abonnieren. Einfach Karte ausfüllen, Marke drauf und ab die Post!

Ja, das neue VORWÄRTS gefällt mir, deshalb möchte ich:

O Eine Probenummer gratis!

Ein VORWÄRTS-ABO für: Ein VORWÄRTS-FÖRDERABO.

O 5 Nummern zu €S 50 (inkl. Porto) O 5 Nummern zu €S 100 (inkl. Porto)

O 10 Nummern zu €S 100 (inkl. Porto) O 10 Nummern zu €S 200 (inkl. Porto)

Ich interessiere mich für die aktive Arbeit von VORWÄRTS und möchte:

O mich persönlich mit einem VORWÄRTSUNTERSTÜTZER treffen

O zu Veranstaltungen eingeladen werden

O VORWÄRTS zum Weiterverkaufen (Bezahlung folgt nach dem Verkauf)

O Ich möchte eine Liste aller eurer Materialien (Broschüren, Bücher, T-Shirts, ...)

## Dafür kämpft VORWÄRTS:

- ★ Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn!
- ★ 10.000,- Mindestlohn netto für alle Arbeitnehmer!
- ★ Eine garantierten Ausbildungspflicht für jeden und demokratische Schulen!
- ★ 30 m² Wohnraum für jeden, Mieten bis max. 20% des Nettoeinkommens!
- ★ Rigorose Bestrafung aller Umweltverbrechen, bei radikaler Verschärfung der Auflagen, Drobene Unternehmer mit Arbeitsplatzabzug, müssen sie entgegen werden!
- ★ Schluß mit Sozialabbau und Privatisierungspolitik!
- ★ Kein Ausverkauf der Verstaatlichen!
- ★ Für eine SPÖ-Alleinregierung mit sozialistischem Programm!
- ★ Vergesellschaftung aller großen Konzerne und Überführung in die demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung!
- ★ Facharbeiterlob für Funktionäre, um bürokratische Auswüchse zu verhindern!
- ★ Ein sozialistisches Europa als erster Schritt zu einer neuen Weltordnung!

## KAMPFFONDS

27.1.97, 14.7.97 machte der Kampffonds 1993 aus: das sind über 100% unseres Ziels von 275.000,-!!! Erreichten konnten wir es nur dank Eurer Hilfe und Eurer Spenden. Besonders hat sich das an unserer 10-Jährige-VORWÄRTS Veranstaltung am 16. Dezember gezeigt, auf der insgesamt €S 50.000,- gespendet wurden. Die größte Einspenderin war 3000,- und es gab eine Reihe von Kollegen Peter Weidner, der 500,- plus zwei Bücher für unsere Bibliothek spendete.

Eure Unterstützung hat unsere Arbeit im Jahr 1993 ermöglicht - Herausgabe unserer Zeitung, Kampagnen gegen das Aufenthaltsrecht, gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, gegen Sozialabbau und ein sozialistisches Sudafrika. Für 1994 wird Eure Unterstützung noch wichtiger. Nach allen, was es in letzter Zeit von diversen Politikern vorgebaut wurde, waren die Kürzungen von '93 nur ein schwaches Vorspiel zu dem, was jetzt folgen soll. 1994 soll, wenn es nach dem Willen der Unternehmer geht, daß Jahr des Sozialabbaus, der Lohnkürzungen und der Verschlechterung von Lebens- und Arbeitsbedingungen werden. Daher ist es jetzt noch wichtiger, daß es eine sozialistische Zeitung gibt, die dagegen kämpft. Wir wollen auch in diesem Jahr gegen „die da oben“ schreiben - gegen Bosse und Bonzen. Am 14.7.97 wären wir öfter, nämlich monatlich erscheinen. Also helft uns, unsere Zeitung und unsere Arbeit zu verbessern, damit wir noch mehr UnterstützerInnen für sozialistische Ideen gewinnen können.

## Kampffonds Aktuell



### Aktion SPENDEN LEICHTGEMACHT!

Du findest, daß du gute Arbeit machen und VORWÄRTS eine gute Zeitung ist! Dann hast Du dir sicher schon einmal gedacht, daß Du uns gerne unterstützen würdest. Denn Unterstützung ist für uns lebenswichtig. Dazu gehört der Verkauf unserer Zeitung, die Beteiligung an Aktionen und Veranstaltungen und finanzielle Unterstützung. Wenn Du uns finanziell unterstützen willst, ganz einfach. Am einfachsten geht das mit einem Dauertrauftrag direkt von Deinem Konto. Da wir keine Subventionen bekommen, oder Werbung für irgendwelche Unternehmen machen, sind wir auf die Spenden unserer Leser und UnterstützerInnen angewiesen!

PSK 8812.733

# VORWÄRTS

## Jugend und Kultur Der Filmtip Das Geisterhaus



## Der Buchtip

Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus



Insepp Allentes Bücher gehen weg wie die warmen Semmeln. Was lag also näher, als endlich eines davon zu verfilmen und auf diesem Wege Extraprofit einzutreppen. Chiles Geschichte des 20.Jahrhunderts bis 1973 (dem Putsch Pinochets) bildet den Rahmen. Und der ist sicherlich nicht schlecht: Ungleicher Ausbeutung und Unterdrückung der Landarbeiter, sogenannte Reichtum und freie Arroganz der herrschenden Klasse, korrupte Polizisten und Militärs, beginnende gewerkschaftliche Organisierung, ... Die Story selbst ist banal und unpolitisch. Mystisch begabtes Mädchen (gut) und Tochter eines Präsidentschaftskandidaten heiraten nach dem Tod ihrer Schwester durch Gift (wie dramatisch), deren Verlobten. Seber bringt es dieser zu Reichtum und entwickelt sich zum ausbeuterischen Macho-Schwein, der den „Aufriß“ (der „zuflüllig“ liebhaber seiner Tochter ist) auspeitscht, Frauen vergewaltigt und seine Schwester (eine „alte Jungfer“) sehr schlecht behandelt. Gewürzt wird das ganze durch eine

intensive, leidenschaftliche Beziehung zwischen Frau und Schwester, die er gewaltlos unterbindet. Grobes Finale gibt es dann, als die Linken die Wähler gewinnen und seine Inzwischen von ihm getrennt lebende Familie auf Seiten der Linken steht (politische Begründung können aber weder Mutter noch Tochter in Film dafür geben), während er für die Konservativen kandidiert. Drei Jahre später patschen die Militärs, zunächst freut sich unser Hauptdarsteller, bis die eigene Tochter verhaftet und vor einem Offizier (der zufällig ihr unehelicher Halbbruder ist) grausam mißhandelt wird. Der alte Dickkopf sieht seine Blindheit ein, beschließt gut zu werden und verhilft seiner Tochter mit ihrem Sozialstifter (der lange Zeit töteten wollten) zur Flucht. Die politische Aussage des Films wird am Schluß zusammengefaßt: Endlich dem Blut und Leiden ein Ende machen, vernünftig sein und auf sich konzentrieren. Was für ein Hohn für die tausenden Linken, die durch die Diktatur umgekommen sind, weil ihre Führer es nicht verstanden haben

rechtzeitig die Arbeiterschaft zu bewaffnen. Der Putsch selbst wird so dargestellt, als ob ein paar ungeübte Halbaffen die Macht ergreifen, um Linke und „etablierte“ Rechte (Großgrundbesitzer und Kapitalisten) gleichermassen zu unterdrücken. Da die Unternehmer die Diktatur wollten und brauchten, um ihre Macht vor der Arbeiterschaft zu retten, wird „vergessen“. Wer sich zwei Stunden mit einer hervorragend gespielten Familienerchronik unterhalten will, ist sicherlich gut beraten sich den Streiten anzusehen. Wer einen politischen Film erwartet, sollte besser draußen bleiben.

Martin Birkner, Jugend gegen Faschismus / Wr. Neustadt

## Termine:

### Jänner:

- 19.1.94: „Stoppt Haider“ - wie, daß diskutiert die ANTIFA WEST
- 20.1.94: „Sozialabbau - Wir wehren uns“ - diskutiert die ANTIFA-NORD
- 21.1.94: „Lehr - Ausbildung oder Ausbeutung?“ fragt sich die LEHRINGLERSGRUPPE DES ANTIFA-KOMITÉES
- 25.1.94: „Nihilarist auf öffentlichen Verkehrsmitteln“ fordert die JUNGE GENERATION MARGARETEN
- 28.1.94: „Kerzenländer, Bombenschmeißen oder was?“ - Was macht JUGEND GEGEN RASSISMUS IN EUROPA International? Darüber diskutiert die ANTIFA-SÜD

### Februar:

- „Let's Talk about Sex“ Themenwinkel: Sexualität Behandelt werden Themen wie Sexualität und Werbung, Drogen, Gewalt und Schule in den SOZIALISTISCHEN JUGEND LANDSTRASSE / GRUPPE COMMUNE
- 2.2.94: „Hast Du keine Wohnung? Wer ist bloß daran schuld?“ Das wollen wir die SOZIALISTISCHE JUGEND MARIANNE KLARSTEN!
- 12.2.94: „Ein ganzer Tag zum 12. Februar '94“ bei JUGEND GEGEN FASCHISMUS WIENER NEUSTADT: Ab 9 Uhr Infostand in der Fußgängerzone beim Hauptplatz ab 17 Uhr Vortrag und Diskussion mit einem Zeugen im Pinguin (am Domplatz) und anschließend Film und Livekonzert
- 16.2.94: „Kein Bock auf Politik?“ - über die angebliche Politikverdrossenheit der Jugend diskutiert die SOZIALISTISCHE JUGEND BRIGITTENAU

### Antifa-Süd:

- jeden Freitag 19 Uhr 5, „Rötpunkt“ Reinprechtsdorferstr.6

### Antifa-West:

- jeden Mittwoch 19 Uhr 15, Hackeng 13

### Antifa-Nord:

- jeden Donnerstag 18 Uhr 45, 20. Friedrich Engels-Platz, Straßencafé, anschließend beim Chinesen

### Antifa-Lerngruppe:

- jeden Freitag 19 Uhr 5, Siebensteingasse 31

### Jugend gegen Faschismus (JRF) Wiener Neustadt:

- jeden Dienstag 18 Uhr 30 Pinguin - Domplatz Wr. Neustadt

## Wo Ihr uns treffen könnt:

Sozialistische Jugend 3/  
COMMUNE:  
jeden Mittwoch 19 Uhr  
3. Zentrum Erdberg,  
Lechnerstr.2-4

Junge Generation 5:  
jeden Mittwoch 19 Uhr  
5. Jugendzentrum  
Grünwaldg.4

Sozialistische Jugend 6:  
jeden Dienstag 19 Uhr  
6. Wallg.4

Sozialistische Jugend 20:  
jeden Mittwoch 19 Uhr  
20. Marchfeldstr.16-18/4  
Sektion 17

Antifa-Süd:  
jeden Freitag 19 Uhr  
5, „Rötpunkt“  
Reinprechtsdorferstr.6

Antifa-West:  
jeden Mittwoch 19 Uhr  
15, Hackeng 13

Antifa-Nord:  
jeden Donnerstag 18 Uhr 45  
20. Friedrich Engels-Platz,  
Straßencafé, anschließend beim Chinesen

Antifa-Lerngruppe:  
jeden Freitag 19 Uhr 5,  
Siebensteingasse 31

Jugend gegen Faschismus (JRF) Wiener Neustadt:  
jeden Dienstag 18 Uhr 30  
Pinguin - Domplatz  
Wr. Neustadt

## Internationales



# Rußland: Wahlsieg der Rechten

Die Wahlen in Rußland Ende 93 waren kein Sieg für Jelzin. Die Wahlbeteiligung nur bei 50%.

Die rechtsextreme ultranationalistische, sogenannte „Liberal Demokratische Partei Rußlands“ hat die meisten Stimmen erreicht. Ihr Führer Schirinowski schlägt faschistische Töne an. Er will die große Komitee zu Faschisten in West- und Osteuropa.

Er will Rußland „wieder stark“ machen, drohte in die „Ex-Sowjetpublik“ einmarschiere, Teile von Polen zu annexieren, schlug radikale antisemitische Töne an, meinte die Juden seien am Zweiten Weltkrieg schuld, drohte Deutschland mit der Atombombe... Wie konnte so ein „Verrückter“ diese Wahlunterstützung bekommen?

Jelzin hat, nachdem das Parlament auseinandergegangen, eine Verfassung erstellt und abstimmen lassen, die ihm weitreichende diktatorische Vollmachten einräumt. Er hatte vor, die Wahlen die Medien kontrollieren und oppositionelle Zeitungen verbieten. Bei den Wahlen konnte nur derjenige antreten, der viel Geld aufbringen kann. Geführt wird der Aufstand von der „Zapatisten Befreiungsarmee“ (benannt nach Emilio Zapata, der in der Mexikanischen Revolution anfangs des Jahrhunderts eine führende Rolle bei den armen Kleinbauern und Landlosen spielte). Die Indios hielten mehrere Orte besetzt und rufen zum Protest gegen Militär und Regierung auf. Die bewaffneten Indios gehen immer wieder in die Offensive gegen das Militär. In den letzten Jahren ist es wiederholt zu Kämpfen zwischen dem Militär und den Campesinos gekommen. Die reiche Oligarchie fürchtet um ihren Besitz und setzt daher das von der USA hochgerüstete Militär ein das nun brutal vorgeht.

131.000 Jobs verloren

1993 verloren 131.000 Beschäftigte im Flugzeugbau ihren Job. 1994 werden es 49.000 sein. Seit 1989

wurden 35% der Beschäftigten abgebaut. Gleichzeitig gab es 1993 Rückabgewinne von 5 Milliarden Dollar - Wer hat die wohl bekommen??

immer im Zusammenhang mit Heizungsstandards der breiten Massen auf das Volk zu wälzen. Der Preis der Arbeitskraft wird unter ihren Wert gedrückt. Es ist klar, daß Jelzin, wenn er so ein arbeiterfeindliches Programm durchziehen will, weiterhin diktatorische Vollmachten braucht.

Die Sowjetunion wurde Ende 1991 aufgelöst. Jelzins „Reformen“ begannen am 1.1.92. Damals verkündete er, daß die Schocktherapie, die der Bevölkerung enorme Opfer abverlangt, 8 Monate andauern würde und ab September 1992 stufenweise der gewohnte Lebensstandard und die soziale Absicherung wiederhergestellt werden könnten. Gleichzeitig sagte er einen Realenstandart und die Wirtschaftswelt in Westeuropa voraus.

Rußland exportiert fast nur Rohstoffe und wird auf dem Weltmarkt eher den Status eines Dritt Weltkantons haben. Die Schocktherapie hat aber in Wirklichkeit verheerende Folgen: starkes Absinken der Realinkommen und eine dramatische Umverteilung von unten nach oben. Die Realinkommen sind 1992-93 auf mindestens 1/3, für manche auf 1/4 oder 1/6 gefallen. Die Einkommensunterschiede sind um 600 - 700% gestiegen. Die Preise wurden weitgehend freigegeben. Die Zahlen für die Armutsgrenze wurden nach unten geschoben, sonst läge der Satz bei 80% Aber an der Realität ändert dies natürlich nichts.

Der Sinn davon ist es, die Kosten der Einführung des Kapitalismus zu begrenzen. Die PDS sprach die Angste der Leute an. Vor allem in der Armee und bei Beschäftigten des militärisch-industriellen Komplexes schämte sie sich über die Durchschnittsgehalte. Die Arbeiterschaft ist in Westeuropa nicht im Sattel, deshalb wird sie nicht in die Diktatur eingeschlagen. Die PDS-Chef sprach die Unterschiede um 600 - 700% gestiegen. Die Preise wurden weitgehend freigegeben. Die Zahlen für die Armutsgrenze wurden nach unten geschoben, sonst läge der Satz bei 80% Aber an der Realität ändert dies natürlich nichts.

Der PDS-Chef erklärte: „Die Arbeiterschaft ist in Westeuropa nicht im Sattel, deshalb wird sie nicht in die Diktatur eingeschlagen.“

Die MSI konnte vor allem in Südtirol und Rom starke Gewinne verzeichnen. In Neapel erzielte sie mit Alessandra Mussolini 31,1%. In Rom 36,2%. Die Wählerschaft der MSI besteht hauptsächlich aus ehemaligen DC-Wählern. Sie sind zum großen Teil Protestwähler und kleine Faschisten. Außerdem konnte sie in Vorarlberg und Elendsvierteln mit hoher Kriminalität gewinnen. Unterstützung für die MSI in Rom. Das führte dazu, daß viele Arbeiter der Verlagsgruppe für einige Stunden Kürzungs- und Privatisierungsprogramm.

Die Lega Nord (LN) konnte in Norditalien durchschnittlich 25% erreichen, erzielte aber ein schlechtes Ergebnis als bei den Regionalwahlen und blieb vielerorts hinter den Linken.

### Die Sieger der Wahlen

Die neue politische Szene wird prägen: der Neofaschisten (MSI) und der Lega Nord auf der einen Seite, die Partei der Demokratischen Linken (PDL) auf der anderen Seite. Als neue politische „Mitte“ versuchen sich die Anti-Mafia Bewegung La

# Internationales VORWÄRTS

durch die Drosselung des Lebensstandards der breiten Massen auf das Volk zu wälzen. Der Preis der Arbeitskraft wird unter ihren Wert gedrückt. Es ist klar, daß Jelzin, wenn er so ein arbeiterfeindliches Programm durchziehen will, weiterhin diktatorische Vollmachten braucht.

der Produktionsbereich wird massiv verstört. Die russische Gesellschaft ist in einem Zustand des Verfalls. Die marktwirtschaftlichen Reformen haben alle wirtschaftlichen Widersprüche und Probleme weiter zugespielt. Die Verteilung des Reichtums zwischen den reichen und den armen 10% der Bevölkerung entspricht dem Verhältnis von 26:1. Arbeiter und Betriebe sind Normalität. Für das Gesundheits- und Sozialwesen gibt es kein Geld. Nur Reiche können sich halbwegs gute ärztliche Versorgung leisten.

Es ist unerwünschlich, daß Jelzin die LDPR seine Regierung einlädt. Es wird nicht im Interesse des Westens. Aber so wird Schirinowski in der Opposition seiner rechtsextremen Demagogie noch mehr Unterstützung in der vermehrten Bevölkerung bekommen.

Marktwirtschaft ist keine Lösung für die Arbeiter Rußlands. Sie führt in eine soziale und wirtschaftliche Katastrophe. Die Arbeiter müssen ihr Schicksal in ihre eigenen Hände nehmen. 30.000 Oberarbeiter, die gestreikt haben, oder der Bergarbeiterstreik in Woritscha während der Wahlen zeigten die mögliche Stärke der Arbeiterklasse. Während die Kapitalisten, Bürokraten und Militärs den Staatsapparat, das Parlament und die Wirtschaft haben, hat Arbeiterschaft noch keine Landesweite Partei. Sie muß sich eine schaffen, und ihre Interessen zu vertreten und die Nationalisten, Schwarzmärkterkapitalisten, Mafia, Ausbeuter und faschistischen Mächtigengenierperialisten wie Schirinowski zum Teufel zu jagen zu können.

David Mum  
SPÖ-Mitglied

Die stärkste Partei geworden. Gleichzeitig geht es zunehmend Austritte aus dieser Organisation und vielen Gewerkschaften. Man wählt sie, aber ohne Illusionen in deren Politik. Wenn es eine große sozialistische Partei der Arbeiterschaft gäbe, könnte sie jetzt in Italien das ganze korrupte System weglegen werden. Doch die PDS- und Gewerkschaftsführer machen genauso das.

PDS-Chef Ochetto erklärte seine Unterstützung für den Sparhaushalt und bot seine Mitarbeit in einer „Allianz der Nationen“ Rettung“ nach den vorauseilich im Frühjahr stattfindenden Parlamentswahlen an. Doch die Arbeiterschicht will eine Veränderung. Sie gab es zu. Am 28.10.93 einen landesweiten vierständigen Generalstreik.

Erst durch das Fehlen einer starken revolutionären Kraft wurde die Erfolge der Faschisten möglich. Auch in Zukunft soll Wahlempfehlung einer starken sozialistischen Partei, die die Kämpfe der Arbeiterschaft zusammenführt und auf einer politischen Ebene bringt, möglich und wahrscheinlich. Doch vorerst wurden die Rechten noch einmal in die Schranken verwiesen.

Richard Klug, Vorsitzender SJ 6

# Kampf dem Naziterror!



Anfang Dezember eröffnete die europäische Nazi-Szene die Aktionswoche zur Befreiung des selbsternannten „Führers“ Küssel, der in Österreich wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung hinter Gitter sitzt. 10 Briefbomben wurden an prominente Personen verschickt. Die Bomben gingen an Leute, die sich für die Gleichberechtigung von Flüchtlingen und Ausländern einsetzen und an Politiker, die als Feindbild für die österreichischen Nazis herhalten müssen. Zilk, Dohnal und auch Schüller sind wiederholt als „Volksfeinde“ in Nazi-Schmiereblättern bezeichnet worden.

#### FPÖ legte die Lunte

Im Falle eines Jörg Haider klingt Betroffenheit über die Attentate besonders heuchlerisch. War es nicht er, der jahrelang das ausländerfeindliche Klima anheizte, der seit Jahren Ausländern die Schuld an Arbeitslosigkeit, Wohnungsnott und Lohndruck gibt? War es nicht er, der jahrelang durch seine Politik rassistisches Gedankengut wieder salafonfähig gemacht? Das „Ausländervolksbegehren“ der FPÖ machte rechte Stimmung. Die rechten Bombenbastler sehen sich selbst nur als Speerspitze einer rechten, ausländerfeindlichen „Bewegung“. Haider stellt sich bewußt immer wieder in die faschistischen Traditionen in Österreich und fordert ausländerfeindliche Stimmung.

Natürlich schöpften die Nazis neuen Mut und krohen in solch „freundlichem“ Klima aus ihren Löchern.

Zeitung der Freiheitlichen Akademikerverbände. Die Aula gilt als wichtigstes Bindeglied zwischen Rechtsextremen und der FPÖ. Er referiert auch auf AFP- „Ausbildungsseminaren“. Die Querverbindungen zwischen FPÖ und AFP sind bekannt. Die AFP veranstaltet Jugendheimabende, Weihnachtsfeiern und Diskussionsabende. Auf diesen Feiern sind Deutschlandlied und Hitlergruß gang und gebe. Angesichts dieser Verbindungen kann Haider sich auch durch die Verdoppelung der Täterergreifungsprämie nicht freikaufen. Das ist nur Propaganda. Haiders heuchlerische Beteuerung, er sei auch gegen terroristische Gewalt von rechts, ist unglaublich und zynisch. Die mutmaßlichen rechten Attentäter wie auch rechtsextreme Gruppen, wie die AFP, unterstützen die FPÖ. Haiders Partei selbst wird zum Sammelpunkt von rechtsextremen Politikern, die die Briefbomben, wie Haider als „Notwehr“ der deutschsprachigen Inländer gegen die „Umwaltung“ fertigten.

#### Die Mitschuld der Regierung

Doch auch die Regierung fördert die Stimmung für rassistische Gewalt. Mit ihren rassistischen Ausländergesetzen macht sie unsere ausländ-

schen KollegInnen offiziell zum Sündenbock und verschlimmert die rechtliche und soziale Situation für Ausländer. Die Regierung erfüllt die Forderungen der Rechten und Haiders FPÖ. Ausländer müssen auch bei der Regierung als Sündenböcke für Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot herhalten. Nur, die ausländischen KollegInnen und Flüchtlinge sind die sozial und politisch Schwächsten in der Gesellschaft und leiden wie die österreichischen Arbeitnehmer unter Sozialabbau und Lohndruck. Die Ausländergesetze heizen die ausländerfeindliche Stimmung im Land wesentlich an. Die Nazis fühlen sich durch die Gesetze bestätigt, denn sie sehen sich selbst auf dem richtigen Weg.

#### Die "antifaschistische" Polizei

Mit diesen Attentaten hat die rassistische Gewalt in Österreich einen neuen Höhepunkt erreicht. Doch die Reaktion und vollmundige Distanzierung der Regierung (und der FPÖ) von „der Gewalt“ steht im Widerspruch zur durchaus gewalttätigen Politik bei der Abschiebung von Ausländern, Ablehnung von Asylanträgen, polizeilicher Verfolgung von Linken und politisch aktiven Ausländern usw...

Eine Woche nach den Bombenattentaten zeigte sich wieder einmal der wahre Charakter unserer „Freunde in grün“. Bei einer Demo gegen eine Faschisten-Veranstaltung (Jufseier von Rosenkranz, der das Nazi-Schmiereblatt „Fakten“ herausgibt) rückten 300 Polizisten an, um die 70 Antifaschisten zu terrorisieren. Während die Nazis hinter dem Polizistenaufzug eine Party feierten, kesselte die Polizei, mit Stöcken, Helmen und Schildern bewaffnet, die Demonstranten ein, schlugen mit den Schildern in die Menge und provozierten mit Schimpfsparolen. Mehrere Antifaschisten wurden verletzt. So sieht also der „antifaschistische Kampf“ der Polizei aus. Auf der Jufseier gab es Lob für die Bombenbastler. Nebenbei wurde auch ein Fotograf des Standard von den „Besuchern“ der Veranstaltung verprügelt.

Wir können uns nicht auf Polizei und Gerichte verlassen. Wir müssen Nazis, FPÖ und rassistische Ausländergesetze selbst bekämpfen und Widerstand organisieren. Die Wahrheit über die Nazi-Schläger und über die FPÖ liegt auf dem Tisch.

**Jetzt ist es allerhöchste Zeit, Widerstand gegen rechte, rassistische Gewalt zu mobilisieren!**

Severin Mahrer, Antifa Süd